

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre — und besonders nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen 1988 — bietet das Parteiensystem ein gründlich verändertes Bild. Ein gravierendes Merkmal ist dabei seine stärkere Anpassung an politische Erfordernisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Mehr als 95 Prozent der Sitze in der Nationalversammlung fallen auf zwei Parteigruppierungen: eine sozialreformistische und eine konservative. Mit der wechselnden Besetzung der Regierungsmäntel durch diese zwei Parteiblöcke ist ein politischer Mechanismus entstanden, in dessen Rahmen die Regierungsgewalt in bestimmten Abständen „von einer Hand in die andre“ übergehen kann, ohne daß sich in der Gesellschaft und in der Politik grundlegende Wandlungen vollziehen. Das französische Parteiensystem ist damit jedoch noch kein Zweiparteiensystem nach britischem Muster geworden, wie dies augenscheinlich von den maßgebenden politischen Kräften in Frankreich angestrebt wurde und wird.

In Frankreich gibt es nach wie vor eine starke Kommunistische Partei mit etwa 600 000 Mitgliedern und 11,3 Prozent der Wählerstimmen. Da die FKP — ähnlich wie die Linkspartei-Kommunisten Schwedens — mit ihren Abgeordneten in der Nationalversammlung eine linke Mehrheit für eine progressive Innen- und Außenpolitik zu sichern vermag, ist nach den Parlamentswahlen 1988 ihre Bedeutung für das parlamentarische Kräfteverhältnis sogar größer als jemals in der V. Republik.

Mitterrand und die PS zeigen allerdings wenig Neigung, die Möglichkeit einer konsequenten linken Regierungspolitik in die Realität umzusetzen. Sah es in den 70er Jahren und auch noch 1981, im ersten Jahr der Regierung Pierre Mauroy, so aus, als werde eine von der PS geführte Regierung tatsächlich eine Wende (changement) zugunsten der Volksmassen herbeiführen, so wurde spätestens seit 1983 deutlich, daß eine derartige Regierung lediglich einen Wechsel (alternance) der Regierungsparteien darstellt, wie dies auch in anderen kapitalistischen Industriestaaten üblich ist. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war die Neuformierung der sozialreformistischen Linken in der im Juni 1971 gegründeten PS, deren vorübergehende Selbstdarstellung als „revolutionäre Partei“ des Sozialismus, ihre Entwicklung zur eindeutig stärksten Partei der Linken, ihr Bündnis mit der „Bewegung der linken Radikalen“ (MRG = Mouvement des Radicaux de Gauche) und ihre seit Anfang der 80er Jahre zunehmend deutlicher werdende Annäherung an die bürgerlichen Parteien.

In den 70er Jahren vollzog sich außerdem eine Neuformierung der bürgerlichen Parteien in der gaullistischen RPR und im Parteienbündnis UDF, das verschiedene liberale, sozialreformistische und klerikale politische Gruppierungen mit der Tradition der klassischen französischen Rechten verkörpernden Republikanischen Partei (PR = Parti Republicain) vereinigte. Ab 1981 schlossen sich RPR und UDF bei Präsidentschaftswahlen und bei den Wahlen zur Nationalversammlung jeweils zu Wahlbündnissen zusammen. Im April 1985 trafen sie eine Vereinbarung, mit keiner anderen Partei zu koalieren sowie „gemeinsam und nur gemeinsam“ die Regierung zu bilden<sup>29 30</sup>, was auch nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen 1986 geschah. Zu den Parlamentswahlen 1988 traten RPR und UDF schon beim ersten Wahlgang in allen Wahlkreisen als Parteienbündnis unter dem gemeinsamen Namen „Union der Bewegung und des Zentrums“ (URC = Union du Rassemblement et du Centre) an. Bereits zwischen März und Mai 1988 zeichnete sich allerdings die Möglichkeit einer Neuformierung des bürgerlichen Parteienlagers in Gestalt der Bildung einer „großen konservativen Partei“ aus RPR und PR<sup>31</sup> und der Hinwendung sozialreformistischer Politiker der UDF zu einer Koalition mit der PS ab. Mitterrands Ankündigung am 14. Juni 1988, er werde seine Politik der „Öffnung der Mitte“ fortsetzen, zeigt sein Bemühen, eine Allianz aller sozialreformistischen Kräfte herbeizuführen.

Die Wahlen 1988 veranschaulichen auch, daß nunmehr zwischen PS/MRG und RPR/UDF vor allem hinsichtlich der Rüstungs- und Europapolitik, der Schul- und Wirtschaftspolitik weitgehend Einigkeit besteht. Ein bekannter Staatswissenschaftler schätzte ein: „Trotz der Vielfalt der Formen fallen jedoch Homogenität, Gleichheit und große Ähnlichkeit der Projekte der Hauptkandidaten auf. Einst ging es darum, zwischen unterschiedlichen Systemen oder Regimen zu wählen, heute geht es nur noch um verschiedene Varianten ein und derselben Gesellschaft.“<sup>31</sup>

Dennoch gelang es Mitterrand und der PS, sich als linke, alle fortschrittlichen Kräfte vereinigende Alternative zu den bürgerlichen Kandidaten und ihren Parteien darzustellen und so — besonders bei den Präsidentschaftswahlen — die Wirkung des Wahlkampfes der FKP zu begrenzen. Mitterrand schob den Regierungsparteien RPR und UDF alle Schuld für

## Bei anderen gelesen

### Neue gesetzliche Arbeitszeitregelung in Japan - für die meisten Werktätigen kein Fortschritt

Seit 1. April 1988 gilt in Japan ein neues Arbeitsgesetz, das die maximale Wochenstundenzahl von 48 auf 46 reduziert. Und weil das ja schon eine richtige Revolution darstellt, sind alle Unternehmen mit weniger als 300 Angestellten und Betriebe im Transportgewerbe einstweilen von den neuen Bestimmungen ausgenommen. Ihnen muß „Zeit zur Anpassung“ an neue Verhältnisse gegeben werden. Was so viel bedeutet, daß 85 Prozent aller japanischen Arbeitnehmer weiterhin von kürzerer Arbeitszeit nur träumen dürfen. Denn der Großteil der fernöstlichen Industriemacht wird von den unzähligen Klein- und Mittelbetrieben gestellt. Und da heißt es oft genug, eine gehörige Zahl Überstunden einzulegen, um mit der halsabschneiderischen Konkurrenz fertig zu werden und strikte Liefertermine einzuhalten.

„Was nützen Gesetze, wenn sich praktisch keine Firma daran halten muß und es mehr als genügend Lücken gibt?“, meint ein Angestellter eines Kleinunternehmens resigniert. „Wenn die Firma einen bittet, für ein bestimmtes Projekt Stunden einzulegen, und sei es auch am Samstagabend, so werden wir es natürlich weiterhin machen.“ ... „Gesetz hin oder her, wir Japaner werden immer dann arbeiten, wenn es von uns verlangt wird“, ist sich eine Redakteurin bei einem Verlag bewußt. Offiziell darf sie nicht mehr als 46 Stunden in der Woche arbeiten — und sitzt oft bis ein Uhr in der Nacht. „Ich komme sicher auf 60, und davon wird nur der maximale überstundensatz (sechs Stunden) extra bezahlt.“

Das wissen auch die Gewerkschaften. Sie drängen zwar auf kürzere Arbeitswochen, noch entschiedener auf mehr bezahlte Urlaubstage, die dann auch voll in Anspruch genommen werden sollen. Denn von den durchschnittlich knapp zwei Wochen Urlaub verbrauchen die meisten japanischen Arbeitnehmer nur gut die Hälfte. Der Gründe dafür gibt es viele. Neben dem „Das-geht-doch-nicht“, weil der Chef auch nur fünf Tage Urlaub macht, spielen die enormen Kosten von Reisen und Wochenendausflügen eine wichtige Rolle. ...

Wie „neu“ die Paragraphen sind, zeigen sie auch durch die Abwesenheitsregelung. Nun sind zehn Tage im Jahr erlaubt. Davon sind aber nur fünf zu bezahlen, über die anderen fünf müssen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und -nehmer entscheiden. I U ■ ; (

Abgesehen von der gummiartigen Qualität der Regeln, die vor allem eine Konzession an die Unternehmerschaft darstellen (die Gewerkschaften lehnen das Gesetz ohnedies fast durch die Bank ab), würde es auch bei rigoroseren Vorschriften zur Arbeitszeitverkürzung schwierig sein, Nippons Arbeitnehmer von heute auf morgen davon zu überzeugen. Zu lange wurden sie auf Arbeitswille und -ethos getrimmt. Da muß es auch länger dauern, bis Japaner sich entschieden gegen den sanften und überaus effizienten Psychodruck ihrer Arbeitgeber wehren können.

Atts: *Frankfurter Rundschau (Frankfurt a.M.) vom 27. April 1988, S. 9.*

die wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Bevölkerung zu. Er verstand es aber auch, glaubhaft zu machen, daß eine von ihm ernannte neue Regierung neue politische Akzente setzen werde — in der Außenpolitik: Ablehnung einer Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen der NATO, Sanktionen gegen das Apartheidregime in Südafrika, Unterstützung Nikaraguas; in der Innenpolitik: Arbeitsbeschaffung, Besteuerung des Großvermögens, Mindesteinkommen für „die Opfer der Armut“.

Falls die Regierungspolitik den Forderungen der Linkskräfte Rechnung trägt, werden die Kommunisten — so versicherte die FKP — immer bereit sein, „Verantwortung auf dem neuen Kurs zu übernehmen. Der weitere Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit, für Kaufkraft, Wirtschaftswachstum, Freiheit und Abrüstung ist der ihre. Sie sind stets bereit, diese Neuorientierung an der Staatsspitze zu realisieren. Aber nur diese“.<sup>32</sup>

29 Vgl. Archiv der Gegenwart vom 10. April 1985, S. 28544.

30 Le Monde vom 16. März 1988, S. 7.

31 A. Duhamel, L'Humanité vom 13. April 1988, S. 4.

32 L'Humanité vom 13. Juni 1988, S. 3.